

## Einkommensunterschiede in der DDR.

### Das ostdeutsche Lohnsystem im Spiegel geheimgehaltener Dissertationen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Lothar Mertens

In diesem Beitrag soll an ausgewählten Beispielen exemplarisch verdeutlicht werden, wie groß die sozialen Unterschiede in der DDR waren und in welchem Umfang dieser Tatbestand der Staats- und Parteiführung bekannt war. Quellengrundlage für die Analyse sind geheimgehaltene Dissertationen, die an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED angenommen wurden.<sup>1</sup> Die Akademie mit ihren über vierhundert Mitarbeitern in neun Instituten unter dem Rektorat von Otto Reinhold hatte nicht nur die Richtlinienkompetenz für die Gesellschaftswissenschaften in der DDR, sondern nahm im SED-Parteiverständnis die Rolle einer Denkfabrik und Kadenschmiede ein; erinnert sei hier an die maßgebliche Mitwirkung der Akademie bei der Konzeption des SPD-SED-Papiers vom August 1987.

Sozialstrukturforschung in der DDR war eine ambivalente Angelegenheit,<sup>2</sup> da sie beharrlich einen Spagat zwischen den beiden Polen einer „soziologische[n] Legitimation der Machtverhältnisse“ im real existierenden DDR-Sozialismus und der tatsächlichen „reale[n] Funktionsweise der [sozialistischen] Gesellschaft“ jenseits der ideologischen Wunschvorgaben der SED eingehen mußte.<sup>3</sup> So verwundert es nicht, daß die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit ihren Lebensumständen, wie sich in den empirischen Umfrageergebnissen der Untersuchung „Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern“ des Instituts für marxistisch-leninistische Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im Jahre 1987 gezeigt hatte, erst nach der Vereinigung umfassend analysiert und benannt werden konnten.<sup>4</sup>

Das totalitäre System der DDR hatte einen größeren Bedarf an exklusiv und objektiv erhobenen Daten und Informationen über allgemeine Entwicklungstendenzen und Einzelphänomene des sozialen Wandels und der gesellschaftlichen Ungleichheit, da eine kritische Öffentlichkeit weitgehend fehlte bzw. repressiv unterdrückt wurde. Als Folge dieser staatlichen Lenkungsmaßnahmen und Zensureingriffe konnte auch die Presse kein Spiegelbild der öffentlichen Meinung sein. Daher waren in der Ulbricht-Ära, nach der späten Etablierung von Soziologie als Wissenschaftsdisziplin in den frühen sechziger Jahren,<sup>5</sup> detailgetreue Spiegelbilder der DDR-Gesellschaft noch als vertrauliche Information für die politischen Machthaber erwünscht, während unter Erich Honecker „anstelle des Stre-

<sup>1</sup> Zur Geheimhaltungspraxis in der DDR Wilhelm Bleek/Lothar Mertens: DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat; Opladen 1994. In der Bibliografie sind fast 10.000 Dissertationen aus den siebziger und achtziger Jahren verzeichnet.

<sup>2</sup> Siehe dazu Frank Adler/Rolf Reißig: Zum Verhältnis von Sozialwissenschaften und Politik in der ehemaligen DDR; in: Dieter Jaufmann/Ernst Kistler/Klaus Meier/Karl-Heinz Strech (Hrsg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven; Frankfurt/M. - New York 1992; S. 63 ff.

<sup>3</sup> Manfred Lötsch: Sozialstrukturforschung in der DDR - ein Rückblick; in: Jaufmann u.a.: a.a.O.; S. 121 ff., hier S. 122.

<sup>4</sup> Siegfried Grundmann: Zur Un-/ Zufriedenheit der DDR-Bevölkerung; in: Die DDR - Erinnerung an einen untergegangenen Staat. Hrsg. von Heiner Timmermann; Berlin 1999; S. 279 ff.

<sup>5</sup> Helmut Steiner: Soziologie und empirische Sozialforschung in der Nachkriegsperiode Ostdeutschlands; in: Jaufmann u.a.: a.a.O.; S. 145 ff.

bens nach wissenschaftlich fundierter Führungstätigkeit ein monarchischer Regierungsdieltantismus trat“.<sup>6</sup> Wesentlich und interessant war daher nicht, was geschrieben, sondern was bewußt verschwiegen werden mußte. Ein solcher Tabu-Bereich war die soziale Ungleichheit in der DDR, da diese dem ideologischen Postulat der SED widersprach. Bei den empirischen Daten handelte es sich zum einem um „Ergebnisse einer repräsentativen soziologischen Untersuchung in der zentral geleiteten sozialistischen Industrie der DDR“ aus dem Jahre 1973, die unveröffentlicht blieben, sowie um interne Studien der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED.

Zwei Problembereiche kennzeichnen das Lohnsystem der DDR-Industrie: Als erste Gruppe fühlten sich viele Facharbeiter beim Einkommen gegenüber Un- und Angelernten benachteiligt. Denn un- und angelernte Kräfte, welche Arbeitsplätze in Teilbereichen der Fertigung hatten, an denen schwere körperliche Arbeit bzw. Arbeiten „unter extrem ungünstigen arbeitshygienischen Bedingungen (wie z.B. in der Abteilung Galvanik des EAW Treptow)“<sup>7</sup> geleistet wurden, profitierten von den sehr hohen Zusatzvergütungen und Erschwerniszuschlägen, wodurch diese „wenig qualifizierten“ Produktionsarbeiter beim Arbeitslohn Fachkräfte wie Instandhalter und Ratiomittelbauer in technikorientierten Arbeitsprozessen „sehr deutlich“ übertrafen. Unterschiede im Durchschnittsstundenlohn von einer Mark bis 1,50 Mark waren in den Kombinatn keine Seltenheit.<sup>8</sup>

Diese Disproportion im Lohn-Leistungsverhältnis wirkte sich natürlich auf die Arbeitszufriedenheit aus. Die fortwährend geforderte Bereitschaft zur Qualifizierung litt unter diesem Ergebnis, denn die Bereitschaft an einer Weiterqualifizierung teilzunehmen hing vor allem von den materiellen Stimuli und dem späteren Lohnniveau ab.<sup>9</sup> Die geringe Aussicht auf eine wesentliche Erhöhung des scheinbar egalitären Lohnniveaus ließ die Bereitschaft zur Qualifizierung sinken. Hier findet sich die zweite Gruppe der mit ihrer Entlohnung Unzufriedenen, die Intelligenz, die ihr langjähriges Studium nicht ausreichend finanziell gewürdigt sah.

Tabelle 1: Monatliches Durchschnittseinkommen nach ausgewählten Gruppen (in Mark)<sup>10</sup>

Gruppe	Einkommen
Produktionsarbeiter in Grundprozessen	588
Produktionsarbeiter in technikorientierten Hilfsprozessen	607

<sup>6</sup> Die Aussage bezieht sich zwar auf die im Jahre 1979 vorgenommene Schließung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED, doch läßt sich dieser Befund wohl auch auf die empirischen Untersuchungen der DDR-Soziologen erweitern. Vgl. Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED; Köln 1993; S. 26.

<sup>7</sup> Gabriele Valerius: Rolle, Funktion und Entwicklung der Industriearbeiter in technikorientierten Hilfsprozessen als soziale Gruppe bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; Berlin (Ost) 1986 [Parteiinternes Material]; S. 89.

<sup>8</sup> Ebd.; S. 87.

<sup>9</sup> Siehe auch Lothar Mertens: Arbeitshaltung und Wertorientierung in DDR-Kombinatn; in: Arbeit und Sozialpolitik; 1990, H. 3; Baden-Baden; S. 104 f.

<sup>10</sup> Erstellt nach Wolfgang Grömmel: Probleme der Entwicklung der sozialistischen Intelligenz bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; Berlin (Ost) 1977; S. 166, Tabelle II/18.

Ingenieurtechnische Angestellte ohne jede Leitungsfunktion	753
Wirtschaftler ohne Leitungsfunktion	708
Leitungskader der 1. Ebene	1.261

Das geringe Durchschnittseinkommen erforderte insbesondere in Arbeiterfamilien die Berufstätigkeit der Frauen, während das überdurchschnittliche Einkommen von Leitern der ersten Ebene in über einem Viertel aller Ehen eine Nichtberufstätigkeit der Frauen ermöglichte.

Tabelle 2: Durchschnittseinkommen der Ehepartner und weibliche Berufstätigkeit<sup>11</sup>

Gruppe	Durchschnittseinkommen in M	Durchschnittseinkommen der Ehepartner in M	Anteil nicht berufstätiger Ehepartner in %
Technische Angestellte	459	612	6, 6
Verwaltungsangestellte	430	671	5, 9
Produktionsgrundarbeiter	588	391	16, 5
Ingenieurtechn. Angestellte	757	490	15, 8
Leiter der 1. Ebene	1.150	348	29, 4

Bemerkenswert waren auch die unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, so daß es zwischen Unter- und Überforderung erhebliche Unterschiede gab.

Tabelle 3: Qualifikationsanforderungen im Berufsalltag (Angaben in Prozent)<sup>12</sup>

Gruppe	Qualifikation wird nicht ausgelastet (Unterforderung)	Qualifikation entspricht Arbeitsanforderungen	Qualifikation reicht nicht aus (Überforderung)
Produktionsarbeiter in Grundprozessen	16, 9	78, 8	4, 4
Produktionsarbeiter in technikorientierten Hilfsprozessen	11, 0	86, 0	3, 0
Brigadiere	9, 3	87, 4	3, 3
Meister und Obermeister	5, 9	88, 9	5, 3

<sup>11</sup> Erstellt nach Dieter Dietzel: Probleme der Stellung und Entwicklung spezifischer Gruppen von Angestellten in der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft; Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1977 [Parteiinternes Material]; S. 144, Tabelle 18; S. 148, Tabelle 20.

<sup>12</sup> Erstellt nach Grömmel: a.a.O.; S. 221; Tabelle 8.

Werktätige in sozialen und Versorgungseinrichtungen	14, 2	75, 6	10, 2
Technische Angestellte ohne Leitungsfunktion	11, 7	85, 8	2, 5
Verwaltungs-, Hilfs- und Abrechnungspersonal	7, 9	89, 5	2, 7
Ingenieurtechnische Angestellte ohne jede Leitungsfunktion	21, 5	74, 9	3, 6
Wirtschaftler ohne Leitungsfunktion	13, 5	83, 3	3, 2
Leitungskader der 1. Ebene	3, 4	87, 8	8, 8

Während die Produktionsarbeiter und das Verwaltungspersonal sich eher unter- als überfordert fühlten, traten in den Versorgungseinrichtungen und auf der Leitungsebene sehr viel häufiger Streßsituationen auf. Dies dürfte ein indirektes Symptom der DDR-Mangelwirtschaft gewesen sein: Zum einen kein Material und freie Zeit, zum anderen die Schwierigkeiten gerade diese Engpässe ausgleichen zu müssen. Es überrascht, daß sich jeder elfte Leitungskader überfordert fühlte.

Tabelle 4: Frauenanteil an den ausgewählten Gruppen (Angaben in Prozent) <sup>13</sup>

Gruppe	Anteil
Produktionsarbeiter in Grundprozessen	33, 5
Produktionsarbeiter in technikorientierten Hilfsprozessen	4, 1
Brigadiere	6, 7
Meister und Obermeister	8, 9
Werkstätige in sozialen und Versorgungseinrichtungen	94, 1
Technische Angestellte ohne Leitungsfunktion	77, 1
Verwaltungs-, Hilfs- und Abrechnungspersonal	90, 5
Ingenieurtechnische Angestellte ohne jede Leitungsfunktion	18, 2
Wirtschaftler ohne Leitungsfunktion	45, 6
Leitungskader der 1. Ebene	6, 4

Betrachtet man die Einkommensunterschiede auf der Mikroebene eines einzelnen Kombinars, werden die Differenzen noch deutlicher. So schwankte im Jahre 1985 die Einkommenshöhe des Nettolohns befragter Arbeiter im VEB EAW Berlin-Treptow zwischen 500 und 1.200 DDR-Mark.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Dietzel: a.a.O.; S. 195; Tabelle 24; Grömmner: a.a.O.; S. 223; Tabelle 10.

<sup>14</sup> Umfrage von Valerius in den Bereichen Rationmittelbau und Instandhaltung im Kombinat VEB EAW „Friedrich Ebert“ in Berlin-Treptow. Vgl. Valerius: a.a.O.; S. 6.

Tabelle 5: Einkommensunterschiede im VEB EAW Berlin-Treptow <sup>15</sup>

Nettolohn (in Mark)	Anteil Industriearbeiter (in Prozent)
500 - 600	2, 0
600 - 700	12, 6
700 - 800	13, 9
800 - 900	13, 8
900 - 1.000	21, 2
1.000 - 1.100	13, 2
1.100 - 1.200	13, 9
über 1.200	9, 3
Gesamt	99, 9

Die Einkommensstreuungen überschritten sich, so lag die untere Grenze der Hochschulkader bei 635 Mark, während die Obergrenze für Angelernte bei 647 Mark lag. Da der Unterschied im Durchschnittseinkommen von Fach- und Hochschulkadern nur 83 Mark betrug, lag hier „sicherlich einer der Gründe des nachgewiesenen Defizits an Hochschulqualifikationen“.<sup>16</sup> Denn ein großer Teil der Beschäftigten hatte kein Interesse an einer Höherqualifizierung, da durch überdurchschnittliche Zulagen und Prämien, z.B. bei der Nacht- und Schichtarbeit,<sup>17</sup> eine adäquate Besoldung schneller erreicht werden konnte. Zugleich galt jedoch: „Während nach der Schwere der körperlichen Arbeit der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe einhundertfünfzig Mark beträgt, macht der Unterschied nach reproduktiv-geistigen Anforderungen im Arbeitsprozeß fast dreihundert Mark und nach schöpferisch-geistigen Anforderungen im Arbeitsprozeß über dreihundert Mark aus.“<sup>18</sup>

Daß diese Dissertation als „vertraulich“ eingestuft wurde, verwundert angesichts solcher Unterschiede nicht. Überdies verstieß Grömmer gegen eines der grundsätzlichen Dogmen der SED-Ideologie, wenn er resümierte: „An dieser Differenziertheit hinsichtlich des monatlichen Durchschnittseinkommens wird zweierlei deutlich, es verbietet sich allgemein sowohl von einer Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz als auch von einer Einheitlichkeit zwischen den Gruppen der Intelligenz zu sprechen.“<sup>19</sup> Doch gerade dies waren tabuisierte Fragen für die DDR-Sozialstrukturforschung, welche den ideologischen Vorgaben und propagandistischen Verlautbarungen folgend, genau diese angeblich wachsende Annäherung und zunehmende Einheitlichkeit „wissenschaftlich“ beweisen sollte.

Die „sozialstrukturellen Probleme der Entwicklung der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz“ und insbesondere ihre ausreichende Gewinnung aus den Reihen der (weiter-)bildungsunwilligen Werk tätigen behandelte Irene Müller-Hartmann im Sommer

<sup>15</sup> Valerius: a.a.O.; S. 89; Tabelle 9.

<sup>16</sup> Grömmer: a.a.O.; S. 166.

<sup>17</sup> Lothar Mertens: Schicht- und Nachtarbeit in der DDR; in: Arbeit und Sozialpolitik; 1988, H. 3; Baden-Baden; S. 97 f.

<sup>18</sup> Grömmer: a.a.O.; S. 167.

<sup>19</sup> Ebd.; S. 168.

1989 in ihrer Dissertation B. Ungewohnt deutlich kritisierte die Verfasserin wenige Monate vor dem Zusammenbruch des SED-Machtmonopols die gesellschaftlichen Strukturen. In ihrer Dissertation sprach sich Müller Hartmann für eine stärkere Differenzierung der Gehälter in der DDR-Industrie aus, da es bei der Überwindung der aus dem Kapitalismus stammenden „ungerechtfertigten Einkommensdifferenzierungen zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz“ in der DDR zu „Maßüberschreitungen“ gekommen sei, welche die früheren Benachteiligungen umgekehrt hätten. „Beispielsweise ist es der überwiegenden Mehrheit der Forschungsintelligenz in der Industrie auf Grundlage gegenwärtig bestehender Einkommensregelungen kaum möglich, die durchschnittlichen Nettoeinkommen von bestimmten Facharbeitergruppen in der materiellen Produktion zu erreichen.“ Als unmittelbare Folge dieses Zustandes hätten „sich nivellierte Strukturen herausgebildet, die im Widerspruch zu den Erfordernissen des sozialistischen Leistungsprinzips“ stünden.<sup>20</sup>

Oder wie es ein Dresdener Arbeiter im vertraulichen Gespräch mit dem ZEIT-Journalisten Rudolf Walter Leonhardt Mitte der achtziger Jahre ausdrückte: „Sie haben keine Ahnung, wie unabhängig man in unserem Staat sein kann, wenn man auf Privilegien verzichtet. Ich hatte die Zulassung zur EOS (Erweiterten Oberschule). Da habe ich mir überlegt: Junge, wenn du dich darauf einläßt, dann stehst du unter dauerndem Leistungsdruck, da wird von dir ständig Wohlverhalten erwartet. In unserer Gegend gibt es viele Betriebe, die Schweißer brauchen. Ich bin lieber Schweißer geworden. Ich verdiene, mit Prämien und allem Drum und Dran, mein gutes Geld; mehr als mancher Intelligenzler. Und mir kann niemand was sagen. Mir kann zum Beispiel niemand verbieten mit Ihnen zu reden.“<sup>21</sup>

Diese Disparität in der Lohnentwicklung von jungen Hochschulkadern und Industriearbeitern wurde durchaus kritisch wahrgenommen. „Hochschulabsolventen natur- und technikwissenschaftlicher Disziplinen erzielen, wenn sie sich mit gleichaltrigen Facharbeitern in der Industrie vergleichen, zumeist ein niedrigeres Arbeitseinkommen.“<sup>22</sup> Die bis zum dreißigsten Lebensjahr entstandenen Einkommensverluste der Hochschulabsolventen, die nach Müller-Hartmann zwischen 30.676 und 46.765 DDR-Mark lagen, konnten im weiteren Berufsleben gegenüber den Facharbeitern nicht ausgeglichen werden.

Eine wesentliche Ursache dafür waren die geringen Einstiegsgehälter der Hochschulkader. So betragen im Jahre 1986 die durchschnittlichen Nettoanfangsgehälter von Hochschulabsolventen in der Industrie 734 Mark, während der Nettolohn von Jungfacharbeitern bereits 750 Mark betrug. Nach dreijähriger Berufspraxis betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen der Hochschulabsolventen mit 834 Mark nur 83 % von gleichaltrigen Facharbeitern (1.006 Mark). „Solche nicht im Einklang mit dem Leistungsprinzip stehenden Differenzierungen sind zielstrebig abzubauen. Ein Schritt in diese Richtung kann darin gesehen werden, die niedrigeren Anfangsgehälter der Hochschulabsolventen anzuheben, wie es bereits in einer Reihe von Kombinatn geschehen ist. Bewährt hat sich ebenfalls, junge Kader frühzeitig in die Gewährung leistungs- und aufgabengebundener Zuschläge einzubeziehen und mit Konsequenz die Steigerungsstufen in den Gehaltsgruppen auszuschöpfen.“ Für die nächsten Jahre sollten nach Müller-Hartmann auch die „unterschiedlichen

<sup>20</sup> Irene Müller-Hartmann: Sozialstrukturelle Probleme der Entwicklung der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz unter den Bedingungen der Intensivierung; Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK d. SED; Berlin (Ost) 1989 [Parteiinternes Material]; S. 107.

<sup>21</sup> Zitiert in Rudolf Walter Leonhardt: Aufstieg durch Anpassung. Das kontrollierte Bildungssystem oder wie eine(r) was wird in der DDR; in: Reise ins andere Deutschland. Hrsg. von Theo Sommer; Reinbek 1986; S. 105 ff., hier S. 112.

<sup>22</sup> Müller-Hartmann: a.a.O.; S. 110.

Grundsätze und Maßstäbe in der Besteuerung der Arbeitseinkommen von Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz“ aufgehoben werden, da diese ihrer Ansicht nach „eine unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeitsleistungen zugunsten der Arbeiter“ darstellen würden.<sup>23</sup>

Müller-Hartmann forderte, daß die „derzeitigen nivellierten Einkommensstrukturen überwunden werden“ müßten, um eine „Sogwirkung“ bei der Gewinnung weiterer Nachwuchskräfte im Bereich der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz zu erreichen. Größere Einkommensspannen wurden von ihr deshalb „nicht nur für notwendig erachtet, sondern auch als sozial gerecht empfunden.“<sup>24</sup>

Als einen weiteren Problembereich neben der inäquaten Entlohnung sah Müller-Hartmann die Benachteiligung der Frauen im wissenschaftlichen Sektor an. Denn bei der Entlohnung waren die Frauen im natur- und technikwissenschaftlichen Bereich auch Ende der achtziger Jahre noch deutlich benachteiligt, da ihr durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen um über ein Viertel (28,3 %) unter dem Durchschnitt der männlichen Kollegen lag.

Tabelle 6: Monatliches Nettoeinkommen 1985 nach Geschlecht differenziert (in Prozent)<sup>25</sup>

Einkommensspanne (in M)	Männer	Frauen
unter 600	0,7	11,3
600 - 800	10,1	40,6
800 - 1.000	25,3	28,9
1.000 - 1.200	30,6	12,9
1.200 - 1.400	17,1	2,8
1.400 - 1.800	6,8	2,5
über 1.800	1,6	0,7

Während nicht einmal jeder hundertste Mann weniger als sechshundert DDR-Mark verdiente, war es dagegen jede elfte Frau. Über die Hälfte der weiblichen Hochschulkader hatte ein Nettoeinkommen von unter achthundert Mark, während über die Hälfte der Männer mindestens tausend Mark verdiente. Jeder zwölfte männliche Hochschulabsolvent war in einer der beiden höchsten Gruppen eingeordnet, während dieses jedoch nur bei jeder 31. Frau der Fall war.

Die propagandistisch immer wieder beschworene Gleichberechtigung der Frauen in der DDR<sup>26</sup> wurde durch diese empirischen Daten widerlegt. Doch niemand wagte, derartiges in der Öffentlichkeit zu kritisieren. Statt dessen verschwanden diese unerwünschten Ergebnisse in den Panzerschränken der SED.

<sup>23</sup> Ebd.; S. 112.

<sup>24</sup> Ebd.; S. 115.

<sup>25</sup> Ebd.; S. 135.

<sup>26</sup> Grit Bühler: Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Politische Partizipation von Frauen am Beispiel des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands; Frankfurt/M. - New York 1997; passim.